

Europa ade?

Eine traurige Analyse zur Europawahl 2014

1. Deutschland klar pro-europäisch

In Deutschland sind proeuropäische Positionen stabil, die Wackelparteien haben verloren: die CSU 2 und die LINKE 1% (Basis Bundestags-Wahl 2013). Die AfD hat nur 7% erreicht – mit plus 2% weniger als allgemein erwartet.

Bemerkenswert unter den deutschen Wahlergebnissen sind der Einbruch der **CSU** von 7,2 auf 5,3% 2014 gegen 2009 und gegen 7,4% bei der Bundestagswahl 2013 sowie der Erfolg der **AfD** in allen Bundesländern: überall über 5%, am schlechtesten mit 5,4% in den großen Ländern NRW und Niedersachsen. Am stärksten ist die AfD in den Südländern samt Hessen (9,1%) und Sachsen (10,1%). Der starke Verlust der CSU in Bayern korrespondiert also nicht mit einer besonderen Stärkung der AfD, sondern ist wohl einer Wählerwanderung zuzuschreiben hin zu anderen pro-europäischen Parteien oder Nicht-Wählern, deren Ursache die schizophrene EU-Position der CSU ist. Das heißt aber auch, dass die Übernahme EU- und fremdenfeindlicher Thesen nicht solche Parteien wie die AfD und andere Populisten in Deutschland stärkt, sondern erfreulicherweise jene, die sich solchen Thesen entgegenstellen.

Wichtig auch: Die **FDP** ist am Ende; sie ist überall deutlich unter 5% geblieben, nur in NRW, Hessen und Baden-Württemberg hat sie 4% erreicht, d.h. sie hat nirgends mehr „Hochburgen“, nicht einmal in Sachsen (2,6%), wo sie noch in einer Landesregierung sitzt.

Die **LINKE** stagniert seit längerem. Sie hat bundesweit 7,4% erreicht, im Westen um 4%, in den östlichen Bundesländern knapp 20%. Damit ist die Schere zwischen Ost- und Westergebnis mit 16% gegenüber der Bundestagswahl in etwa gleich geblieben. Im Saarland hat die Partei mit 6,7% ein fast schon „normales“ Westniveau erreicht (bei der BT-Wahl noch 8,7%); der Lafontaine-Effekt ist auch an der Saar Vergangenheit.

Dazu passt auch das **GRÜNEN**-Ergebnis in Baden-Württemberg: mit 13% 10%-Punkte hinter der SPD und 26%-Punkte hinter der CDU. Da half eben kein Fukushima und S21! Bundesweite Stagnation gilt auch für die GRÜNEN mit 10,7% nach 12,1% 2009 und 8,4% bei den BT-Wahlen 2013. Dabei bleibt es bei der Schwäche im Osten (5,5%) bei Stärke in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen (um 18%) und im Rest der Bundesrepublik (um 12%).

Diese Stagnation beider Parteien könnte sich demnächst zu einem Negativ-Trend wandeln, da die mobilisierenden Reizthemen Kernenergie, Mindestlohn und Rente mit 63 abgeräumt sind. Das ist allerdings nur zu erwarten, wenn es der GROKO gelingt, Skandale und grobe Ungeschicklichkeiten zu vermeiden. Denn die Wählerneigung, Regierungen abzustrafen, gilt nach wie vor.

Die **CDU** liegt überall unter 40%, also schwächer als die CSU in Bayern, aber bis auf die Stadtstaaten und Brandenburg auch überall stärker als die SPD. Da die Union nirgends mehr einen „natürlichen“ kleineren Mehrheitsbeschaffer an der Seite hat, riecht es fast überall nach Groko – vielleicht außer in Bayern. Umgekehrt brauchen links-grüne Bündnisse zumeist die Unterstützung der Linken. Hessen wird zeigen, ob Schwarz-Grün funktioniert.

Die **SPD** hat ein leicht besseres Ergebnis erzielt als bei der BT-Wahl 2013 (magere plus 1,6%); das dürfte auf die Spitzenkandidatur eines deutschen Sozialdemokraten für das Amt des Kommissionspräsidenten zurückzuführen sein, die zu einer etwas überdurchschnittlichen Mobilisierung der SPD-Wähler geführt haben mag. Für eine Belohnung für die bisher gute Regierungsarbeit (die Leute finden ja Steinmeier und auch das grundfalsche Rentenpaket gut!) ist es vielleicht noch zu früh.

2. Die Krise Europas verstärkt

Aber das ist status quo-Denken. Denn die europäischen Wahlergebnisse, insbesondere die in England, Frankreich und Griechenland, lassen ein Scheitern der EU-Projektes, insbesondere des EURO, nicht mehr unwahrscheinlich erscheinen. Deutschland ist wirtschaftlich zu stark geworden, die Qualität seiner Produkte, die Effizienz seiner Strukturen sowie die Lohn- und Konsum-Zurückhaltung seiner Bürger sind zum zentralen Ärgernis vieler EU-Staaten geworden – auch jener, die das Modell gern nachahmen würden, aber an der mangenden sozialen Akzeptanz in ihren Gesellschaften scheitern.

Dadurch ist Deutschland vom vor einigen Jahren noch beliebtesten Land der EU auf die Position des best-gehassten abgerutscht, wenn auch heimlich bewundert. Eine gemeinsame europäische Steuerung der Wirtschaft ist fast unmöglich geworden: was für die Krisenstaaten gut scheint, wäre für die Starken falsch; das ist so beim Zins der Notenbank, bei der Staatsverschuldung für Konjunktur-Programme oder in der Steuerpolitik.

Die noch immer in großer Mehrheit pro-europäischen Regierungen und Parteien Europas stehen unter großem Druck von Bürgern und Parteien, die in der Rückkehr zu nationaler Eigenständigkeit die Lösung ihrer Probleme sehen. Pro-Europa müsste mit Feuer-eifer und Engelszungen erklären,

- dass das europäische Projekt nicht Schuld, sondern Lösung der national verursachten Probleme ist,
- dass die Suche nach gemeinsamen Positionen und Personalentscheidungen kein Gekungel und Gemauschel ist, sondern Verhandlungen verlangt, die natürlich zum Teil hinter verschlossenen Türen ablaufen müssen, aber doch von demokratisch legitimierten Regierungen geführt werden
- dass nicht die EU den längst wieder abgeschafften Krümmungsstandard für Gurken erfunden hat, sondern deutsche Handelsketten,
- dass der Gemeinsame Markt für Staubsauger und vieles andere mehr im Interesse der notwendigen Energieeinsparung gemeinsame Standards erfordert
- dass europäische Handelsinteressen oder Klimaschutzziele nur gemeinsam vertreten und wirksam werden können

- und vieles andere mehr.

Zu erwarten ist dies leider nicht. Die britischen Tories werden auf UKIP zugehen, die französischen Konservativen werden Frau Le Pen Avancen machen, während der französische Präsident wohl selbst nicht mehr weiß, warum er Präsident werden wollte und wofür er steht. Auch die nüchternen Skandinavier kennen den Druck der Europa-Gegner, die Niederländer haben sich längst vom Ziel der europäischen Integration entfernt und Belgier wissen mal wieder nicht, ob sie überhaupt ein Staat sein wollen.

Wie lange werden Deutsche, Spanier, Portugiesen und Teile Italiens, Polens und der Balten noch Lust haben, sich mit einem europäischen Integrationsprojekt zu identifizieren, das von anderen in England, Ungarn etc abgelehnt und blockiert wird? Wie lange werden die Pro-Europäer noch dulden können, was in den jüngsten EU-Staaten im Südosten an demokratischer Rechtsstaatlichkeit fehlt?

Pessimismus ist auch angebracht für den Fall, dass Deutschland einer **Lockerung der Maastrichter Grenzwerte** zustimmt, also etwa 4, statt 3% Staatsverschuldung für zulässig erklärt – natürlich auf eigenes nationales Risiko am freien Kapitalmarkt mit jenen Zinsen, die in den Ruin führen werden. Die geforderte Wachstumspolitik ist eine Sprechblase, die bei Platzen Nebel frei setzen wird. Die Regierungen wären wohl ratlos, in welche Richtung sie das zusätzliche Geld zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgeben sollten, nachdem der Bausektor generell wegen Blasenbildung Quelle von Problemen geworden ist und in vielen Fällen der Ausbau der Infrastrukturen dem Sinnvollen weit davon gelaufen ist: leere Straßen und Flughäfen gibt es jetzt übergenug! In Frankreich und Griechenland würde ein Geldsegen eher in die Finanzierung der aufgeblähten öffentlichen Verwaltung sowie maroder Betriebe investiert, in Italien möglicherweise besser, aber das sind Vorschusslorbeeren für den neuen Premier Renzi.

Wäre es nicht an der Zeit, eine Volksabstimmung in allen Staaten der EU anzusetzen mit der einfachen Frage: europäische Integration ja oder nein. Wo Nein die Mehrheit erhält, endet die Mitgliedschaft in der EU bei Aufrechterhaltung des Gemeinsamen Marktes, wo die „nicht-mehr-EU-Länder“ die Normen der fortbestehenden Union übernehmen müssen, so wie Island und Norwegen zur Zeit.

Ich schreibe all dies in tiefer Depression, denn ein vereinigtes Europa ist ein Leitgedanke meines Lebens seit dem 14. Lebensjahr. Was jetzt kommt, dürfte ein historischer Rückschritt, ja ein Alptraum werden.

Gerd Eisenbeiß, Bonn, 29. Mai 2014